



Chemolux wechselt den Besitzer

Henkel verkauft Handelsmarken an Konsumgüterhersteller McBride. Seite 57



EZB-Pläne verzögern sich

Einheitliches Abwicklungssystem ist umstritten. Seite 58

Konferenz zum Thema „Wirtschaftspolitik Luxemburg - Deutschland 2007“

Einander besser kennenlernen

Konjunkturelle Entwicklung in beiden Ländern vielversprechend

VON ANDREAS HOLPERT

Die direkten Nachbarstaaten - Deutschland, Frankreich und Belgien - sind Luxemburgs wichtigste Wirtschaftspartner. 55 Prozent der Exporte gehen in die drei Länder. Es sei wichtig, sich stärker mit seinen Nachbarn zu beschäftigen, meinte Pierre Gramagna, Direktor der Luxemburger Handelskammer. Am Montag diente eine Konferenz zum Thema „Wirtschaftspolitik Luxemburg - Deutschland 2007“ dazu, sich besser kennenzulernen.

Die Beziehungen zwischen Luxemburg und dem großen Nachbarn Deutschland seien vielschichtig, meinte Pierre Gramagna. Demnach hätten deutsche Banken nicht nur einen hohen Anteil am Finanzplatz. Auch die wachsende Zahl der Grenzgänger, die aktuell mit 30 000 einen neuen Rekordstand erreicht habe, weise auf die wachsende Verflechtung hin. Deutschland gehe es wirtschaftlich wieder besser. Als amtierendes Land der EU-Ratspräsidentschaft könne es nun auch politisch seine Bedeutung klarmachen, meinte der Direktor der Handelskammer.



Der deutsche Botschafter in Luxemburg, Hubertus von Morr (L), sprach über die Herausforderungen der deutschen Ratspräsidentschaft, Reinhard Krafft (M.) und Carlo Thelen über die Konjunkturerwartungen. (FOTOS: TESSY HANSEN)

zu ändern, sei jetzt offen. Die Kosten für schnelles Handeln seien geringer als die Kosten bei Nichtstun, zitierte von Morr einen Experten.

Zum Thema Bürokratieabbau wolle Deutschland einer wachsenden Skepsis in der Öffentlichkeit über Europa entgegensteuern. In diesem Zusammenhang nannte der Botschafter die politische Un-

land. Die könnte den Arbeitsmarkt entlasten helfen. Schlüssel für den wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands sei die Exportstärke. Die bleibe trotz der Euro-Stärke positiv. Krafft rechnete vor, dass ein Großteil der deutschen Exporte nicht von der Veränderung des Wechselkurses abhängig sind.

Die Konjunkturentwicklung in Deutschland im laufenden Jahr

noch besser aus. Allerdings sei die Wirtschaft sehr stark abhängig von den Nachbarn, erklärte Carlo Thelen, Geschäftsführer Wirtschaft und Internationales der Luxemburger Handelskammer. Ein strukturelles Problem, das sich bei aller Freude über die jüngst vom Statec prognostizierten Zahlen ergibt, sei die Tatsache, dass der wirtschaftliche Aufschwung im

Strategische Ziele der deutschen Ratspräsidentschaft

Die strategischen Ziele der Ratspräsidentschaft, die im Juni endet, legte der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Luxemburg, Hubertus von Morr, dar. Als wesentliche Punkte nannte er die Vollendung des EU-Binnenmarktes, die gemeinsame Verfassung, Energiefragen, Klimapolitik und den Bürokratieabbau.

In der Diskussion über eine europäische Verfassung befindet man sich in einer schwierigen Situation, so der Botschafter. 18 Staaten hätten ratifiziert, zwei abgelehnt und ein Teil hätte sich noch gar nicht damit beschäftigt. Es sei jedoch klar, dass die EU mit 27 Mitgliedern eine gemeinsame Basis benötigt, um funktionieren zu können. „Allein mit einem Vertrag von Nice geht es nicht weiter“, sagte von Moor. Wie allerdings eine Lösung aussehen könnte, bleibe abzuwarten. Deutschland wolle am Ende seiner Ratspräsidentschaft einen Fahrplan für die weitere Vorgehensweise vorlegen.

Zum Thema Energie meinte der Botschafter, dass Europa sich der Abhängigkeit von externen Energiequellen bewusst sei. Es ginge jetzt darum, die Versorgungssicherheit zu gewährleisten und zwar mit einem breit gestreuten Energiemix. Den Klimawandel dürfte inzwischen auch jeder bemerkt haben, so der Botschafter weiter. Das Zeitfenster, um etwas

abhängigkeit der Europäischen Zentralbank (EZB) maßgeblich für das Vertrauen der Bürger in den Euro.

Der deutsche Botschafter kündigte am Ende noch Verbesserungen beim Schienenverkehr zwischen Luxemburg und Deutschland an. Auch die Autobahn A1 werde bis nach Daun erweitert.

Dass der „konjunkturell erkrankte alte Mann“ Deutschland wieder genesen ist, zeigte Reinhard Krafft, geschäftsführender Direktor Private Banking beim Bankhaus Sal. Oppenheim in Köln. Ökonomen seien überrascht über die Rückkehr Deutschlands zum Club der Wachstumsregionen. Die Stimmung der deutschen Wirtschaft sei gut. Dafür verantwortlich seien jedoch nicht etwa politische Reformen gewesen – diese blieben ohne sichtbare Effekte. Vielmehr seien dramatische Unternehmensreformen auf Kosten von Arbeitsplätzen gemacht worden, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen nachhaltig zu verbessern, meinte Krafft.

Steigender Binnenabsatz entlastet Arbeitsmarkt

Der Erhalt der Konkurrenzfähigkeit sei zum Teil auch mit Verlagerung von Produktion ins Ausland erreicht worden. Mit steigendem Binnenabsatz kämen die Stellen auch wieder zurück. Anzeichen dafür sei die Investitionstätigkeit deutscher Unternehmen im In-

land. Die geographischen Risiken überschattet werden, so der Experte. Neben den geopolitischen Risiken zähle die Inflation dazu. Wegweiser wohin die Preise in diesem Jahr laufen, sei der Abschluss der Tarifgespräche in der Metallindustrie, die Ende März anstünden. Krafft rechnet mit einer „komfortablen“ Einigung und nicht mit Übertreibungen. Im Vergleich zu Deutschland sehen die Konjunkturzahlen in Luxemburg

Gründe ohne Wirkung auf die Arbeitslosenquote bleibe, so Thelen.

Abgeschlossen wurde die Konferenz durch eine Präsentation der „debelux“ – einer der ältesten deutschen Außenhandelskammern. Ihre Aufgabe ist es, die Geschäftsbeziehungen zwischen Unternehmen in Deutschland, Belgien und Luxemburg zu fördern und zu unterstützen, so Marc Herbrand, Geschäftsführer der AHK debelux in Köln.

Wirtschaftliche Zukunft gestalten

Deutschland hat sich für seine Präsidentschaft viel vorgenommen. Insbesondere will sich das Land bei der Gestaltung der wirtschaftlichen Zukunft einbringen. Im Rahmen der neuen Binnenmarktstrategie der EU sollen die Innovationskräfte gestärkt und die Markttöffnung in Wachstumsbranchen vorangebracht werden. Fortschritte erhofft sich Deutschland bei der vollständigen Liberalisierung der Postdienstleistungen, bei der Überarbeitung des Rechtsrahmens für Telekommunikation sowie bei der Umsetzung des Programms „i2010“ – eine leistungs- und wettbewerbsfähige Informationsgesellschaft. Außerdem will sich der amtierende

Ratspräsident für die Roaming-Verordnung einsetzen, die eine preisgünstige Nutzung des Mobiltelefons im Ausland ermöglichen soll.

Deutschland will sich ferner dafür einsetzen, die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie, der Dienstleistungsbranche und vor allem klein- und mittelständischen Unternehmen durch verbesserte Rahmenbedingungen zu stärken. Als weitere Ziele formulierte das Land u.a. eine wachstums- und stabilitätsorientierte Finanz- und Wirtschaftspolitik, Förderung von Forschung und Entwicklung, Stärkung der Bildungszusammenarbeit sowie eine moderne europäische Verkehrspolitik.